

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkische Schuldzuweisung nach schwerem Anschlag in Ankara
zur Vorbereitung einer Intervention in Rojava/Syrien

Eine absehbare Beschuldigung

Schon am Morgen nach dem verheerenden Anschlag in Ankara, bei dem mindestens 28 Menschen ums Leben gekommen sind, haben die Ermittlerteams der türkischen Sicherheitskräfte ganze Arbeit geleistet und den scheinbar Verantwortlichen bereits ermittelt: Demnach ist der Täter ein 24-jähriger namens Salih Neccar, geb. 1992 in der nordsyrischen Stadt Amudé. Das ließ der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu am Donnerstag verlautbaren. Neccar habe sich selbst in die Luft gejagt und sei – Welch Überraschung! – Mitglied der YPG (Volksverteidigungseinheiten, Teil der Demokratischen Kräfte Syriens).

Dass die türkischen Behörden in ihren Ermittlungen nach Anschlägen dieser Art immer sehr schnell Ergebnisse präsentieren können, ist nichts Neues. Oft kommen dann die Täter zufällig genau aus demjenigen politischen Milieu, auf welche sich die politischen Verantwortlichen gerade eingeschossen haben. So auch dieses Mal. Die Türkei beschießt seit Tagen in Rojava und Nordsyrien diejenigen Gebiete, die von den Demokrati-

schon Kräften Syriens kontrolliert oder jüngst aus den Händen islamistischer Organisationen wie der Al-Nusra Front oder Ahrar-al Sham befreit worden sind (siehe S. 2). Gegen diesen Beschuss der Türkei, bei dem auch mehrere Menschen ums Leben gekommen sind, regte sich internationaler Protest. Doch die Türkei bemühte sich der Welt klar zu machen, dass es sich um „Terroristen“ handele, gegen welche sie vorgeht. Leider fehlten ihr dafür die nötigen Argumente, um ihre Behauptungen zu stützen. Und letztlich profitierte, neben den von der Türkei gesteuerten, und gerne auch in Deutschland als „gemäßigte Opposition“ betitelten Islamisten, der Al-Nusra Front und Co., auch der Islamische Staat (IS) von den Angriffen der Türkei. Denn gegen keinen Kampfverband hat der IS größere Gebietsverluste in Syrien hinnehmen müssen, wie gegen die Demokratischen Kräfte Syriens.

„Davutoğlu will mit dieser Behauptung die Grundlage für eine Intervention in Rojava erschaffen“

Nun versucht die Türkei aus dem Anschlag in Ankara verzweifelt

und äußerst unrühmlichen politischen Profit herauszuschlagen, indem sie mit dem Finger auf die YPG zeigt. Auch wenn es auf Behauptungen wie diese keiner Reaktion bedarf, meldete sich der PYD Co-Vorsitzende Salih Muslim beim arabischsprachigen Nachrichtensender Skynews Arabî zu Wort und erklärte, dass weder der vermeintliche Attentäter Salih Neccar mit ihnen etwas zu tun hat, noch die YPG in irgendeiner Weise mit diesem Anschlag in Verbindung zu bringen ist.

Auch die YPG selbst meldete sich am Donnerstagmittag zu Wort und erklärte, dass sie mit diesem Anschlag in absolut keiner Weise etwas zu tun haben. „Davutoğlu will mit dieser Behauptung die Grundlage für eine Intervention in Rojava und Syrien erschaffen“, heißt es weiter. Zudem macht die YPG in ihrer Erklärung darauf aufmerksam, dass von Seiten der YPG auch an der syrisch-türkischen Grenze zu keinem Zeitpunkt eine Aggression gegen die Türkei ausgegangen ist. „Und das wissen das türkische Militär und die AKP am besten“, so die YPG. (CA, 18.2., ISKU)

Erklärung:

Delegation der Vereinten Nationen nach Cizîr gefordert

Brief des HDP-Abgeordneten von Şîrnex (Şîrnak), Faysal Sarıyıldız, an das Generalsekretariat der Vereinten Nationen, an den Internationalen Gerichtshof und den Ministerrat des Europäischen Parlaments:

„Auf Befehl der Regierung und mit Beschluss des Gouverneurs von Şîrnex ist im Namen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ am 14.12.2015 in Şîrnex im Kreis Cizîr (Cizre) die Ausgangssperre verhängt worden. Aufgrund der Ausgangssperre, die im Widerspruch zur türkischen Verfassung, nationaler Gesetze und internationalen Vereinbarungen steht – denen auch die Türkei verpflichtet ist – sind die Bürger vieler Rechte wie dem Recht auf Leben, auf Gesundheit, auf Ausbildung, der Erreichbarkeit und Reisefreiheit beraubt worden. Staatliche Kräfte begehen in Cizîr Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Während der Ausgangssperre sind die Regeln der Menschenrechte verletzt worden. Sämtliche Regeln des Positiven Rechts waren geradezu ausgehebelt.“

In Cizîr wurde unter dem Synonym Ausgangssperre eine Blockade praktiziert, bei der von Seiten staatlicher Sicherheitskräfte Panzer und anderes schweres Gerät gegen das Zentrum des Kreises eingesetzt wurde. Es gibt Hinweise, dass bei den Angriffen möglicherweise auch chemische- und flammenwerfende Waffen zum Einsatz gekommen sind. Autopsieberichte belegen, dass eine Großzahl derer, ihr Leben wegen des Feuers verloren haben, und auch ihre Körper dabei erheblich verbrannten.

In den 64 Tagen, die die Ausgangssperre andauerte, haben in Cizîr 80 Menschen, deren Identität bereits festgestellt werden konnte, und weitere 129 Menschen, bei denen zurzeit die Identitätsfeststellung andauert, ihr Leben verloren. Außerdem wurden hunderte Menschen aufgrund des Schusswaffengebrauchs verletzt. Durch Kugeln und Granatsplitter verletzte Bürger konnten tagelang nicht ins Krankenhaus gebracht werden. Im Namen der „Sicherheit“

Kurdischer Aktivist Muhlis K. in Düsseldorf festgenommen

Am 6. September 2011 hat das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) den Generalbundesanwalt ermächtigt, kurdische AktivistInnen gemäß § 129b Abs. 1 in Verbindung mit § 129a Abs. 1 Strafgesetzbuch strafrechtlich zu verfolgen, die mutmaßlich als Deutschlandverantwortliche oder Verantwortliche für in Deutschland bestehende PKK-Gebiete tätig sind bzw. waren. Sie werden – wie in der Türkei – der Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“ beschuldigt.

Die Linksfraktion im Bundestag richtete eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung zu Auskünften über die „Verfolgung sogenannter ausländischer terroristischer Vereinigungen aus der Türkei“ (BT-Drucksache 18/7228). Wie das BMJV am 26. Januar 2016 u. a. mitteilte, sind „zwischen April 2011 und September 2015“ insgesamt 17 Ermächti-

gungen gegen Kurden wegen ihrer politischen Aktivitäten für die PKK erteilt worden.

Einer von ihnen ist Muhlis K., der am 16. Februar in Düsseldorf festgenommen wurde und am Mittwoch dem Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe zur Eröffnung des Haftbefehls „vorgeführt“ wurde.

Auf die Frage, aus welchen Quellen das notwendige Wissen für die Strafverfolgung nach § 129b stamme, verwies das BMJV in seiner Antwort u. a. auf „bilaterale Gespräche“ des Auswärtigen Amtes mit dem türkischen Außenministerium, des Bundesinnenministeriums mit dem türkischen Innenressort sowie zwischen deutschen und türkischen Sicherheitsbehörden.

Der bis heute ungelöste türkisch-kurdische Konflikt, dessen Lösung vor einigen Jahren in greifbare Nähe gerückt war, im Sommer 2015 aber vom AKP-Regime beendet wurde und des-

sen militärische Eskalation sich derzeit vor den Augen der Weltöffentlichkeit abspielt, ist für die Strafverfolgungsbehörden kein Grund zur Änderung ihres Vorgehens gegen Kurdinnen und Kurden. Mehr denn je können sie sich auf eine politische Rückenbedeckung verlassen.

Wo sind die mutigen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte oder Richterinnen und Richter, die angesichts des staatsterroristischen Vorgehens von Präsident Erdoğan und seines Ministerpräsidenten Davutoğlu gegen die eigene Bevölkerung nicht mehr bereit sind, direkt und indirekt Handlangerdienste für dieses Regime zu leisten? AZADÎ fordert die Abschaffung der Verfolgungsermächtigungen nach §129b durch das BMJV, die Einstellung aller politisch motivierten Verfahren und die Freilassung der bislang sieben Gefangenen, die sich in Straf- bzw. U-Haft befinden. (Azadî e.V., 17.2., ISKU)

Türkische Armee bombardiert Rojava

Die türkische Armee hat in Rojava die beiden Dörfer Malkiyê und Tinib bombardiert. Bei den Angriffen, die 12. Februar gegen Mittag begannen, sind viele Zivilisten verletzt worden. Die Türkei beruft sich bei dem Angriff auf „ihr Recht auf Selbstverteidigung“. Sie wären „proviziert“ worden und hätten deshalb zum „Gegenschlag“ ausgeholt wie Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu erklärte.

Zu den Hintergründen: Am 11. Februar haben YPG und Ceys El Suwar (Revolutionäre Armee) die Kontrolle über den der Militärstützpunkt Menagh und das Dorf Minih erlangt und im Anschluss die Kontrolle al Qaider naher Kräfte über die nahe gelegenen Dörfer Merinaz, Kefer Entuwan und Elqemiya beendet. Der Militärstützpunkt Mengah liegt im Dreieck zwischen Azaz, Afrin und Halep (Aleppo). Dabei war auch die Verbindung zwischen der Türkei und Halep unterbrochen worden.

Davutoğlu erklärte, er habe gegenüber dem Vizepräsidenten

der USA, Joe Biden, erklärt: „Die YPG hat sich umgehend von Azaz und Umgebung zu entfernen, wage sich keinesfalls auch nur in deren Nähe. Wage es nicht noch einmal, den Korridor (nach Halep) zu unterbrechen. Sie solle nicht mal daran denken, den Flughafen von Minnak gegen die Türkei oder die Opposition nutzen zu wollen und habe umgehend den Flughafen zu verlassen.“ Ceys El Suwar ihrerseits verurteilte die Angriffe der Türkei auf schärfste und erklärte: „Sollte die Türkei die Intention haben unseren Boden zu besetzen, dann werden wir bereit sein unseren Boden und unser Volk zu verteidigen. So wie wir gegen das Baath Regime Widerstand leisten, so werden wir auch gegen jeglichen Versuch der Besetzung durch den türkischen Staat Widerstand leisten.“

Nach Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP habe die USA die Türkei aufgefordert, die Bombardierungen der Dörfer einzustellen. Der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, John Kirby, erklärte: „Wir

sind besorgt über die Ereignisse um Halep. Wir tun alles in unserer Macht stehende um die Situation zu entspannen. Wir legen beiden Seiten nahe sich auf den gemeinsamen Feind zu fokussieren.“

Nun liegt auch eine Erklärung des offiziellen Sprechers der YPG des Kantons Afrin, Firat Xelil, vor. Firat Xelil erklärte im Namen der YPG: „In den 4 Jahren (sie wurde vor 4 Jahren gegründet) ist weder von Afrin aus noch aus einem der anderen Gebiete Rojavas auch nur eine Kugel in Richtung türkischen Staat abgefeuert worden“. Nach seinen Angaben ist die Ceys El-Suwar im Vormarsch. Das gefalle der Türkei nicht weshalb sie Stellungen der Ceys El-Suwar und zivile Ortschaften mit teils schwerem Gerät beschiesse. Sie habe den Beschluss auch am 14. Februar fortgesetzt. Wie Xelil Firat angibt sind durch die Angriffe der Türkei „mehrere Kämpfer der Ceys El Suwar verletzt worden.“

(ANF/Mi 11.-14.2., ISKU)

Massive Angriffe gegen Altstadtviertel Sûr

Seit 80 Tagen hält der Widerstand der Bevölkerung im Altstadtviertel Sûr von Amed den staatlichen Kräften stand. Aber die „Sicherheitskräfte“ gehen immer härter gegen das Viertel vor.

Mazlum Dolan, Mitarbeiter der kurdischen Nachrichtenagentur DIHA, ist gemeinsam mit weiteren 32 Personen in einem Keller in Sûr eingeschlossen. Mittwoch früh kam eine letzte Meldung von ihm. Er berichtete, das sie keine

Nahrung, Wasser oder Medikamente mehr haben. Neun von ihnen seien schwer verletzt, sie würden sich in einem kritischen Zustand befinden. Er rief die Bevölkerung auf, sie nicht allein zu lassen und erinnerte an den Kampf um Kobanê, der siegreich geführt werden konnte, weil sich alle erhoben haben. In Sûr sollen 200 Personen eingeschlossen sein. Die Angriffe der staatlichen türkischen Kräfte halte unvermindert

an. Die Lage erinnert an das von staatlicher Seite durchgeführte Massaker von Cizîr. Im Centrum von Amed haben Demonstrationen stattgefunden. HDP und DBP hatten dazu aufgerufen. Nach der Rede der HDP-Abgeordneten Sibel Yigitalp griffen die staatlichen Kräfte mit Gas und Wasserwerfern an. Die Bevölkerung baute daraufhin Barrikaden und rief zur Solidarität mit Sûr auf.

(ANF 17.2, ISKU)

Initiative von EU-Abgeordneten zur Streichung der PKK von der „Terrorliste“

102 Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben eine Unterschriftenkampagne gestartet, in der sie die Europäische Union dazu aufrufen, die PKK von der Liste terroristischer Organisationen zu streichen. Zwei der unterstützenden ParlamentarierInnen haben heute vor der Europäischen Kommission in der belgischen Hauptstadt Brüssel eine Pressekonferenz abgehalten. Die HDP Abgeordnete von Bidlîs (türk. Bitlis), Mizgin Irgat und der Ko-Bürgermeister von Sêrt (türk. Siirt), Tuncel Bakırhan, die sich zur Zeit in Europa für diplomatische Gespräche aufhalten, nahmen ebenfalls an der Pressekonferenz teil.

Vor der versammelten Presse erklärte Marie Christine Vergiat, Ko-Vorsitzende der kurdischen Freundschaftsgruppe im Europäischen Parlament, dass der andauernde schmutzige Krieg in Nordkurdistan (Bakûr), hauptsächlich in Gebieten geführt wird, in denen die AKP kaum Wahlstim-

men erhalten hat, die Aggression also eine Art Strafe der AKP Regierung für diejenigen ist, die sich bei den Wahlen gegen die AKP und für die Völkerverständigung entschieden haben. Vergiat sagte weiter, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan bereits eine weitere rote Linie überschritten und verletzt hat, indem er Angriffe auf Rojava ausführen lässt und weiterhin die Einstufung der PKK als Terrororganisation und das damit verbundene Verbot für seine politischen Machtinteressen ausnutzt. Das PKK-Verbot als eine durch und durch politische beschreibend, erklärte Vergiat, dass sie ihre Bemühungen fortsetzen werden, um die PKK von der Terrorliste zu streichen. Sie betonte, dass die GUE/NGL (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordischen Grünen Linken) immer an der Seite der Völker Kurdistans stehen wird.

Danach sprach die italienische Parlamentarierin Barbara Spinelli

li ihre Solidarität mit den Völkern Kurdistans, den Menschen in Rojava und den AkademikerInnen für Frieden in der Türkei aus. Sie verurteilte das Schweigen und die Unterstützung der europäischen Staaten gegenüber den Massakern und dem Völkermord durch die türkische Regierung, Spinelli fügte hinzu, dass die türkische Regierung den weltweiten Frieden bedrohe. „Friedensgespräche können nur mit den Rebellen geführt werden, also mit der PKK“.

In Bezug zu den Genfer Gesprächen, äußerte Spinelli, dass es von der EU und den westlichen Ländern töricht war, die Kurden nicht einzuladen, da sie die einzige Kraft sind, die den IS erfolgreich bekämpft. Die italienische Parlamentarierin warnte, dass Europa einen moralischen und politischen Selbstmord begeht, wenn es sich der Strategie des Erdoğan-Regimes beugt.

(ANF 16.2., ISKU)

wurde den durch die Angriffe Verletzten verwehrt, ins Krankenhaus gebracht zu werden. Sie waren gezwungen in Häusern und Kellern Schutz zu suchen. Der Öffentlichkeit ist ebenfalls bekannt, dass in den Häusern und Kellern, in denen sich die Verletzten befanden, durch Angriffe Seitens des Militärs und der Polizei dutzende Menschen ermordet und verbrannt wurden. Als Ergebnis der Angriffe der staatlichen Kräfte sind in Cizîr tausende Häuser und Arbeitsstätten verbrannt, zerstört. Die Infrastruktur des Kreises ist vernichtet. Durch die systematischen Angriffe des Staates – mit direkter Zielname der Wohngebiete – sind an die 100.000 Menschen gezwungen worden ihren Wohnsitz zu verlassen.

Der Innenminister der Türkei erklärte am 11. Februar die (Militär-) Operation in Cizîr für beendet, aber die Ausgangssperre dauert weiter an. Ohne operative Aktivitäten kann das Andauern der Ausgangssperre nur der Beseitigung von Beweisen dienen. Aufgrund des Verbotes wird Abgeordneten, Menschenrechtsorganisationen und NGOs der Zugang zum Kreis(stadt) verwehrt.

Wir tragen ernsthafte Sorge, dass Beweise und Spuren, die den Einsatz von chemischen und flammenwerfenden Waffen von Seiten des Staates während der Ausgangssperre belegen, vernichtet werden könnten. Deshalb fordern wir jetzt, wo die Beweise und Spuren noch nicht vernichtet und verwischt sind, die Entsendung einer Delegation der Vereinten Nationen nach Cizîr, um die Vorwürfe vor Ort zu untersuchen“

(ANF 14.2., ISKU)

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
CA Civaka Azad
Mi Milliyet

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank

IBAN: DE42370100500003968506

BIC: PBNKDEFF

Weitere Informationen findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org